

**Beschluss** Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter\*innen bestrafen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die
- 2 türkische
- 3 Regierung unter Präsident Erdogan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine
- 4 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin
- 5 geschundenen
- 6 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits aufgrund
- 7 der
- 8 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilist\*innen sind zu beklagen.
- 9 Der
- 10 Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische Bevölkerung. Die
- 11 türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im mehrheitlich
- 12 kurdischen
- 13 Norden Syriens zu verändern, die Kurd\*innen im eigenen Land zu schwächen und damit
- 14 den
- 15 türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden. Gleichzeitig verschärft auch der US-
- 16 Präsident
- 17 mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien und der Region. Mit dem plötzlichen
- 18 Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den kurdischen Kräften, die sich dem IS
- 19 maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten die vom IS kontrollierten
- 20 Gebiete
- 21 zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung. Er überlässt sie damit
- 22 ihrem
- 23 Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee aus, die Seite an Seite mit
- 24 islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie ausgerechnet in die Arme
- 25 des
- 26 syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.
- 27 Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der
- 28 türkische
- 29 Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der
- 30 russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von
- 31 islamistischen Milizen, die allesamt - wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen
- 32 begangen
- 33 haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen und
- 34 Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere
- 35 zivile
- 36 Ziele. Zudem will Erdogan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die
- 37 wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet
- 38 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen

würden zu  
26 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur  
27 Verschärfung des Konflikts beitragen.  
28  
29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert  
sich die  
30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer  
iranischen  
31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.  
32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-  
33 Kämpfer\*innen nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch.  
34 Medienberichten zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer\*innen aus der  
kurdischen Haft  
35 entkommen. Bisher hat sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen  
IS-  
36 Kämpfer\*innen und ihre Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen  
und sie  
37 schnellstmöglich in Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die  
38 Gefahr durch entkommene IS-Kämpfer\*innen auch innerhalb Europas in dieser  
chaotischen  
39 Situation nun größer geworden.  
40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den  
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der  
Bundesregierung  
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines  
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die  
Untersuchung und  
44 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die  
Bundesregierung nicht  
45 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland –  
konnte sich  
46 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische  
Regierung in  
47 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu  
48 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdogan ermuntert, die Vertreibungen noch  
einmal  
49 auszuweiten.  
50  
51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die  
türkische  
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach  
Moskau kann  
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen.  
Gerade  
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig,  
aber  
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine  
starke  
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.

57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im  
58 Agieren der  
59 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem Tisch,  
60 wie  
61 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der  
62 humanitären  
63 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche  
64 Verteidigungsministerin mit  
65 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im  
66 Norden  
67 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und  
68 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische  
69 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die  
70 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag  
71 der  
72 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht  
73 durchdacht,  
74 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der  
75 Schutz  
76 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche  
77 Schutzzone  
78 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage  
79 ihres  
80 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine  
81 Erläuterung,  
82 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht  
83 werden sollte – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des  
84 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die  
85 nordsyrische  
86 Region abzuschieben.

75 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein Einsatz  
76 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte  
77 kaum möglich  
78 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu  
79 machen, der  
80 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz von  
81 Giftgas  
82 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne  
83 Zusammenarbeit mit Erdogan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von  
84 Kurd\*innen und  
85 ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung hat sich - auch  
86 mit  
87 den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in einem  
88 Moment  
89 kriegerischer Eskalation durch ein NATO-Mitglied als politische Kraft präsentiert, die  
90 mehr  
91 mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein. Aufgabe wäre  
92 es  
93 gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu suchen und  
94 auf eine  
95

86 Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem Kalkül  
87 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis  
88 und  
89 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

89 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend  
90 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung  
91 geübt,  
92 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die Bundesregierung  
93 auch  
94 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im  
95 Wert von  
96 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der  
97 Bundesregierung,  
98 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt  
99 werden  
100 könnten, kommt viel zu spät, ist reine Symbolpolitik und ermutigt Präsident Erdogan,  
101 seine  
102 verantwortungslose Politik ohne Risiko fortzusetzen. Denn bereits genehmigte, aber  
103 noch  
104 nicht gelieferte Waffen, können so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden.  
105 Seit  
106 Anfang 2018 wurden deutsche Exportkreditgarantien (sogenannte  
107 Hermesbürgschaften) für die  
108 Türkei im Wert von rund 2,6 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den  
109 die  
110 Bundesregierung hat, um die türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie bislang  
111 nicht  
112 genutzt. Wir GRÜNE erwarten von der Bundesregierung einen grundlegenden  
113 Kurswechsel im  
114 Umgang mit der türkischen Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die Regimekritiker\*innen  
115 in der  
116 Türkei, von denen Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen  
117 wurden,  
118 nicht alleine lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen  
119 türkischen  
120 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

106 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden  
107 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert. Der  
108 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib  
109 zu  
110 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum  
111 Thema  
112 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden  
113 Versuch  
114 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads  
115 verurteilt, verhindert.

113  
114 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen den völkerrechtswidrigen und durch nichts zu  
115 rechtfertigenden Angriff der türkischen Regierung und verbündeter islamistischer

## Milizen

116 gegen Teile der autonomen kurdischen Selbstverwaltungszone in Syrien.

117 Wir fordern:

- 118 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien  
119 sofort  
120 stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- 121 • Dass die Bundesregierung sowie EU und NATO den türkischen Einmarsch in  
122 Nordsyrien  
123 öffentlich und auf allen Ebenen als völkerrechtswidrig verurteilen, inklusive der  
124 Vereinten Nationen.
- 125 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei für ihren völkerrechtswidrigen  
126 Einmarsch  
127 keinen Beistand erhält und eine Feststellung des Bündnisfalls auf der Grundlage  
128 des  
129 NATO-Vertrags somit ausgeschlossen ist.
- 130 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das  
131 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass alle Beteiligten  
132 keine Gewalt gegen Zivilist\*innen ausüben, weder in Nordsyrien, noch in der  
133 Türkei  
134 noch anderswo. Menschen, die gerade aus Nordsyrien in Richtung Nordirak  
135 flüchten, muss  
136 freies und sicheres Geleit gewährt werden.
- 137 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurd\*innen aus dem Norden Syriens  
138 umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess  
139 vertreten  
140 sind und die De-facto-Autonomie des kurdischen Gebiets in Nordsyrien erhalten  
141 bleibt.
- 142 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der  
143 Grundlage  
144 des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der  
145 internationale  
146 unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden  
147 Verbrechen in  
148 Syrien angemessen finanziert wird.
- 149 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle  
150 Sanktionen  
151 gegen Präsident Erdogan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende  
152 Angehörige  
153 des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das  
154 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund  
155 erlassen.
- 156 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker\*innen  
157 der

- 144 Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit  
wiederherstellt.
- 145 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr  
146 bei der Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht  
und ab  
147 sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei  
148 weitergibt.
- 149 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei  
umgehend stoppt,  
150 erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp  
an die  
151 Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an  
152 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
- 153 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung  
154 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht  
genehmigten  
155 Anträge ablehnt.
- 156 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung  
157 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpfer\*innen und ihre  
Familienangehörigen  
158 zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren gegen Personen, die sich  
159 strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu müssen die  
160 Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss  
sichergestellt  
161 sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährder\*innen bzw. relevante  
Personen  
162 nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden können.
- 163 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-Türkei-  
Deal  
164 von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den  
griechischen  
165 Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar  
gemacht  
166 hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren  
Gunsten der  
167 über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung  
nach  
168 humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend  
169 Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 170 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die EU,  
171 eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten,  
rechtstaatliche  
172 Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-  
Mitgliedstaaten  
173 einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper\*innen an der Not von

Geflüchteten

- 174 bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der  
Flucht  
175 übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchialternativen  
176 schaffen.
- 177 • Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der  
politischen  
178 Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann.  
Die  
179 EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise  
im  
180 Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders  
Frauen  
181 müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt  
182 werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne  
Freilassung  
183 der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-  
184 Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.
  - 185 • Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige  
186 Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung  
kann  
187 nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und weiterer  
188 militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter  
189 Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteur\*innen sowie  
unter  
190 Wahrung des Völkerrechts erreicht werden.
  - 191 • Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das  
192 schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern, und dass Russland und das  
syrische  
193 Regime ihre militärischen Angriffe auf die Region umgehend beenden.
  - 194 • Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union  
konsequent auf  
195 die Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.

## **Begründung der Dringlichkeit**

...